



„Positionspapier der sächsischen Industrie- und Handelskammern zu den EU-Sanktionen gegen Russland“

Das Wachstum der sächsischen Wirtschaft beruht nicht zuletzt auf der Stärke der sächsischen Exporte und enger, partnerschaftlicher Beziehungen zu den Zielländern unserer Exportwirtschaft. Allein in den ersten drei Quartalen des Jahres 2015 wurden Güter im Wert von 29,47 Mrd. Euro ausgeführt – Zahlen, die auf ein erneutes Rekordjahr im Export schließen lassen. Die Bereiche Automotive und Maschinenbau hatten am Gesamtexport einen Anteil von knapp 60 Prozent.

Diese positiven Entwicklungen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Exporte nach Russland – einem der traditionell wichtigsten Zielländer der sächsischen Wirtschaft und besonders des sächsischen Maschinen- und Anlagenbaus – um 25 Prozent eingebrochen sind! Dies steht im Widerspruch zu einer Tradition, in der Sachsen stets enge Kontakte nach Russland pflegte. Das wirtschaftliche Interesse an guten und stabilen Kontakten auf allen Ebenen ist sehr groß. Allerdings stehen viele der in Russland engagierten sächsischen Unternehmen vor dem Hintergrund der anhaltend schlechten konjunkturellen Lage im Land, der Rubelabwertung und der damit verbundenen negativen Kaufkraftentwicklung – vor allem aber wegen der andauernden EU-Sanktionen – vor erheblichen Problemen.

Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen sind durch die Sanktionen schwer belastet. Deutsche und gerade auch sächsische Unternehmen sind davon stark betroffen. Die große Mehrheit der auf dem russischen Markt tätigen Unternehmen beurteilt die getroffenen Maßnahmen und deren Wirkungen außerordentlich skeptisch. Die Erfahrung zeigt, dass wirtschaftliche Sanktionen kaum geeignet sind, politische Zielsetzungen zu erreichen. Ohne Rücknahme der Sanktionen fürchten wir eine nachhaltige Schädigung der Handelsbeziehungen. Zusätzlich hemmend wirkt sich zudem das langwierige Prüfverfahren des BAFA im Rahmen der Dual-Use-Verordnung aus, das zu signifikanten Lieferverzögerungen und oftmals zu Kundenabwanderung führt. In der Folge beobachten wir, dass sich die russische Wirtschaft zunehmend mit Maschinen und Anlagen aus Fernost versorgt, während unsere Unternehmen ihre Marktanteile verlieren. Den erlittenen Schaden für die sächsischen Unternehmen schätzen wir schon heute auf über 250 Millionen EUR. Die langjährigen, engen Verbindungen des ostdeutschen Maschinen- und Anlagenbaus nach Russland drohen unwiderruflich verloren zu gehen.

Es ist wichtig, dass sich die deutsche Politik besinnt, die EU-Sanktionen gegen Russland rasch – das bedeutet aus unserer Sicht zwingend im Jahr 2016 – zu beenden. Sicher gibt es innerhalb der EU sehr vielfältige Positionen zu diesem Thema, geprägt durch die unterschiedlichen nationalen Interessen und Erfahrungen der Mitgliedsstaaten in Bezug auf Russland. Nachdem jedoch der Bundesregierung eine Führungsrolle bei der Durchsetzung der Sanktionen zufiel, sollte die deutsche Politik nun auch beim Abbau der Sanktionen vorangehen.

Ein Signal der Annäherung ist kurzfristig notwendig, um den Dialog zwischen Russland und Deutschland sowie der Europäischen Union zu forcieren.

Sowohl der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) als auch die Deutsch-Russische Außenhandelskammer und der VDMA sowie weitere Wirtschaftsverbände fordern, dass die Europäische Union die Sanktionen überdenken sollte.

Die sächsischen Industrie- und Handelskammern schließen sich mit Nachdruck diesen Forderungen an die Politik an. Zu diesen Forderungen zählt auch, dass die Finanzierungsmöglichkeiten für Projekte der mittelständischen Wirtschaft in Russland wieder vollumfänglich aufgenommen werden können.

Es ist klar, dass wir Russland als wichtigen wirtschaftlichen und strategischen Partner bei der Lösung globaler Herausforderungen brauchen. Die Konfliktlagen im Nahen Osten sind, um nur ein Beispiel zu nennen, ohne Russland nicht zu befrieden. Ein neuer Kalter Krieg dient weder der Lösung der aktuellen Konflikte noch dem freien Handel und der sächsischen Wirtschaft. Russland ist und bleibt integraler Teil des europäischen Wirtschaftsraumes und der europäischen Sicherheitsarchitektur.

Insofern begrüßen die sächsischen Industrie- und Handelskammern mit großem Nachdruck, dass sich der Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Freistaates Sachsen, Herr Martin Dulig, im Dezember 2015 zur Priorität fortgesetzt guter Beziehungen zu Russland bekennt. In dieser Absicht sind für 2016 gleich mehrere russisch-sächsische Technologieforen im Rahmen von Unternehmer- und Delegationsreisen sowie begleitende Fachveranstaltungen in Russland geplant. Auch der Minister selbst wird mit einer Wirtschaftsdelegation zu unseren Partnern nach Russland reisen.

Zudem unterstützen wir die Forderung des Sprechers der ostdeutschen Europaabgeordneten, Herrn Hermann Winkler, an den Freistaat Sachsen, eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel der schnellen Beendigung der Sanktionen zu starten.



Franz Voigt
Präsident IHK Chemnitz



Dr. Günter Bruntsch
Präsident IHK Dresden



Wolfgang Topf
Präsident IHK zu Leipzig

Stand: 15. Februar 2016